



2021/15 Reportage

<https://shop.jungle.world/artikel/2021/15/widerstand-der-kante>

In Lützerath protestieren Klimaschützer gegen den Braunkohleabbau

Widerstand an der Kante

Reportage Von **Tobias Brück**

Im bereits zur Hälfte abgerissenen nordrhein-westfälischen Dorf Lützerath sammeln sich Klimaschützer, um die Ausweitung des Braunkohletagebaus zu verhindern.

Wer sich dem Ort Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier nähert, verspürt unweigerlich Unbehagen. Die weitgehend isolierte Ortschaft im Kreis Erkelenz in Nordrhein-Westfalen ist umgeben von riesigen Kratern. Nur eine einzige Straße, die L277, führt nach Lützerath, und die endet hier. Kohlebagger fressen sich durch eine Art Mondlandschaft, man hört sie bedrohlich nah brummen, am Horizont stößt das RWE-Braunkohlekraftwerk Niederaußem seinen Dampf aus. Vom Ortsrand sind es nur etwa 200 Meter zum Tagebaurand von Garzweiler II, einer Kante, an der das Gelände steil abfällt. Ein paar Backsteinhäuser stehen noch in Lützerath, aber deren Fenster sind vernagelt. Ansonsten erblickt man Felder und RWE-Sicherheitsleute, die die Überbleibsel des Geisterdorfs bewachen.

RWE ist berechtigt, Lützerath abzureißen. Eine Erdaufschüttung markiert die Grenze zum RWE-Land. Wer diese überwindet, begeht Hausfriedensbruch.

Lützerath soll dem Braunkohletagebau weichen. Offiziell gilt das Dorf als unbewohnt. Es wurde dem Energiekonzern RWE zugesprochen, der die verbliebenen Häuser abreißen und ein kleines Waldstück roden will, um an die darunter liegende Kohle zu gelangen. Die zuständige Bezirksregierung in Arnsberg hat die Ausweitung des Tagebaus bewilligt, RWE ist demnach berechtigt, Lützerath abzureißen. Eine etwa einen halben Meter hohe Erdaufschüttung markiert die Grenze zum RWE-Land. Wer diese überwindet, begeht Hausfriedensbruch.

Die Hälfte des Dorfs wurde im Januar dem Erdboden gleichgemacht. Viele Dorfbewohner verließen freiwillig ihre Häuser, RWE zahlte eine Entschädigung. Schon im Oktober 2020 wurde die L277 entwidmet, sie gilt seitdem verwaltungsrechtlich nicht mehr als öffentliche Straße.

Einer der verbliebenen Dorfbewohner ist Dirk. »Wir wollen den Ort am Leben halten«, sagt der 35jährige, der seit November 2020 in Lützerath lebt, »deshalb sind wir für RWE ein Dorn im Auge.« Mit etwa zehn anderen Klimaschützern lebt er dauerhaft in Lützerath. Neben zwei kleinen Wohnhäusern und einem daran angrenzenden Waldstück nutzen die jungen Menschen ein altes Fachwerkhaus, das sie die »Villa« nennen und das als ihr Hauptquartier dient. Auf dem Grundstück um die Villa sind Zelte aufgebaut, ein paar Wohnwagen stehen herum. Vor dem

Haus haben die Klimaschützer im Freien eine Küche aufgebaut.

An diesem windigen Märztag sitzen sie am Lagerfeuer zusammen, manche werkeln herum. Hier halten sie ihr Plenum ab und veranstalten »Küchen für alle«. Große Transparente hängen in den umliegenden Bäumen, in denen die Aktivisten Baumhäuser installiert haben.

Das Gelände, auf dem sie unterkommen, gehört Eckardt Heukamp. Der Landwirt weigert sich, RWE sein Grundstück abzutreten. Der Hof, auf dem Heukamp lebt, befindet sich seit Generationen in Familienbesitz; das älteste Gebäude stammt aus dem Jahr 1763. Heukamp war der Einzige aus Lützerath, der sich weigerte, sein Grundstück an den Energiekonzern zu verkaufen. Derzeit läuft ein Enteignungsverfahren. Dagegen hat er Klage eingereicht. RWE hat im Gegenzug beim Bezirksgericht Arnsberg einen Antrag auf vorzeitige Besizentnahme gestellt, der dazu führen könnte, dass Heukamp sein Gelände schneller als gedacht an RWE abtreten muss. Bei dieser juristischen Auseinandersetzung wird er von den Klimaschützern unterstützt, die er auf seinem Grundstück wohnen lässt.

Durch die neuen Bewohner füllt sich das Dorf wieder mit Leben. Dirk, vollständig in Schwarz gekleidet, bezeichnet sich als Vollzeitaktivist. Er arbeitete, wie er sagt, zehn Jahre am Fließband, bevor er, beeinflusst von den neuen Klimabewegungen, im Jahr 2019 kündigte und sich entschied, in den Hambacher Forst zu gehen. Dort baute er Baumhäuser mit auf und leistete Widerstand gegen die Rodung des Waldes. Im Herbst vorigen Jahres kam er nach Lützerath.

Er ist erschüttert über die Klimapolitik in Nordrhein-Westfalen. »Es gibt eine starke Lobby, die fossile Energien und Autobahnen vorantreiben will«, sagt er in anklagendem Tonfall. »RWE übt großen Druck auf die Landesregierung aus, um den Kohleabbau zu beschleunigen, und Ministerpräsident Laschet hält schützend die Hand über die Profitinteressen von RWE.« Dirk will partout in Lützerath ausharren, um zu zeigen, dass Widerstand gegen den Abbau von Braunkohle, dem klimaschädlichsten aller Energieträger, möglich ist.

»Das ist total chaotisch hier. RWE-Laster tragen Kies und Sandboden ab, sie schaffen einfach Fakten, weil sie am längeren Hebel sitzen.«
Hajo, Teilnehmer der Mahnwache von Lützerath

In Nordrhein-Westfalen werden nach Angaben der Umweltschutzorganisation BUND jährlich etwa 280 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen, fast ein Drittel davon geht auf das Konto der rheinischen Braunkohle. RWE war 2018 in Nordrhein-Westfalen für den Ausstoß von etwa 80 Millionen Tonnen CO₂ verantwortlich.

An Wochenenden und zu Aktionen reisen Klimaschützer aus allen Teilen der Bundesrepublik nach Lützerath an. Der Protest gegen die Rodung der Allee entlang der L277 im Herbst 2020 gaben der Bewegung einen Schub. Daraus entstand eine feste Mahnwache am Ortseingang von Lützerath, die die Aktivitäten von RWE überwacht, als erste Anlaufstelle für Aktivisten und für Menschen aus der Umgebung dient und bei der regelmäßig Konzerte, Kinos, Tanzdemonstrationen und Dorfspaziergänge stattfinden. Das Bündnis »Die Kirchen im Dorf lassen« organisierte hier Gottesdienste an der Kante, auch Baggerbesetzungen des Bündnisses »Ende Gelände« fanden in Lützerath statt. Dazu reisten zum Teil Hunderte Menschen an, zuletzt im Januar, als RWE mit Abrissarbeiten begann, bei denen etwa die Hälfte der Häuser im Dorf

zerstört wurden.

An der Mahnwache am Rand von Lützerath hält Hajo die Stellung. Die Mahnwache ist rund um die Uhr besetzt, Hajo schläft dort in einem Wohnwagen mit Ausblick auf die apokalyptisch anmutende Szenerie des Tagebaus. Er ist seit dem Spätsommer in Lützerath und beobachtet täglich das Geschehen. »Das ist total chaotisch hier«, erzählt der etwa 60jährige, im Gesicht und an den Händen tätowierte Mann. »RWE-Laster tragen Kies und Sandboden ab, sie schaffen einfach Fakten, weil sie am längeren Hebel sitzen.« Hajo zeigt auf eine Karte und deutet auf die Gebiete, die vom Tagebau geschluckt wurden. »Ich bin immer da, wo sie Löcher in die Erde hauen«, sagt er lakonisch. Er berichtet von großer Unterstützung aus der Umgebung. Viele Bewohner umliegender Dörfer spenden der Mahnwache Lebensmittel. Hajo bringt die Besucher dann bei einer Tasse Kaffee auf den neusten Stand, denn theoretisch könne sich die Situation vor Ort stündlich ändern, wie er sagt.

Auch Salome gehört dem aktivistischen Kollektiv in Lützerath an. Die Mittzwanzigerin studiert Soziale Arbeit an einer Hochschule im Ruhrgebiet, wochenweise lebt sie in Lützerath. Gekleidet in Outdoor-Jacke und schwarzweiß kariierter Hose klettert sie in abgetragenen Turnschuhen behende auf den Ast eines Baums nahe der Villa. Im vergangenen Jahr lebte sie zeitweise im mittlerweile geräumten Dannenröder Forst. Durch die Protestaktionen gegen die Rodung an der L277 kam sie nach Lützerath und schloss sich dem dortigen Widerstand an.

Sie wolle mit ihren Mitstreitern durch solidarisches Zusammenleben einen alternativen Gesellschaftsentwurf praktizieren, sagt Salome, und dies mit dem Widerstand gegen den Braunkohletagebau verbinden. Sie glaubt, dass ein Wandel in der Klimapolitik möglich ist. »Wir können es nicht hinnehmen, dass das gute Leben aller gefährdet wird«, sagt die junge Frau selbstbewusst. »RWE wird versuchen, das Dorf weiter zu zerstören. Das werden wir nicht zulassen.« Gemeinsam mit dem Kollektiv »Lützi bleibt« fordert sie einen sofortiges Ende der Kohleverstromung und den Erhalt aller Dörfer im Braunkohlegebiet.

Eine der zentralen Figuren des Widerstands gegen den Braunkohletagebau in Lützerath ist Britta Kox. Sie ist Sprecherin des Bündnisses »Alle Dörfer bleiben« und engagiert sich seit Jahren gegen den Abriss von Dörfern im rheinischen Braunkohlerevier. Die 49jährige ist im Kreis Erkelenz aufgewachsen und wohnt in Berverath; auch dieses Dorf soll für den Braunkohleabbau abgerissen werden. In der Klimabewegung wurde Kox 2015 verstärkt aktiv. »Ich bin mit meiner Familie zurück in mein Elternhaus gezogen, um das Haus gegen RWE zu verteidigen«, erzählt die kaufmännische Angestellte.

Von Kindheit an musste Kox erleben, wie sich die Umgebung durch den nahenden Tagebau veränderte. Seit einigen Jahren kämpft sie für den Erhalt der Dörfer im Kreis Erkelenz, die dem Tagebau zum Opfer fallen sollen. Im September 2020 wurde sie für die Grünen in den Stadtrat von Erkelenz gewählt, sie setzt sich dort für ein Umdenken beim Braunkohleabbau und die damit verbundenen Umsiedlungen ein. »RWE will die restlichen Bewohner vertreiben. Ich bin dankbar dafür, dass die Menschen das Dorf schützen, obwohl der Abriss schon genehmigt ist. Damit wir einen Wandel in der Klimapolitik erzielen können, müssen wir selbst Druck auf RWE ausüben, anstatt RWE auf uns Druck ausüben zu lassen«, sagt Kox.

In Anbetracht des menschengemachten Klimawandels fordert sie von der Landesregierung Nordrhein-Westfalens, die Kohlebagger vor Lützerath aufzuhalten: »Das ist unsere rote Linie. Diese muss eingehalten werden, um das im Pariser Klimaabkommen vereinbarte 1,5-Grad-Ziel

zu erreichen. Wenn man das Geld, das RWE für den Kohleausstieg bekommt, in erneuerbare Energien investieren würde, wäre ein schnellerer Kohleausstieg möglich.«

Im Zuge des Kohleausstiegs hat der Bundestag Mitte Januar einen Vertrag gebilligt, den die Bundesregierung mit den Braunkohleunternehmen geschlossen hat. Demnach erhält Deutschlands größter Stromerzeuger RWE für die Stilllegung aller Kohlekraftwerke bis spätestens 2038 insgesamt 2,6 Milliarden Euro Entschädigungszahlungen. Wie sich herausstellte, könnten diese staatlichen Zahlungen gegen EU-Recht verstoßen. Im März meldete die EU-Kommission in einer Stellungnahme »Zweifel an der Vereinbarkeit der Maßnahme mit den EU-Beihilfavorschriften« an.

»Der Kohleausstieg bedeutet nicht einen sofortigen Stopp«, sagt RWE-Sprecher Guido Steffen abgeklärt. »Der Tagebau Garzweiler wird bis 2038 betrieben.« Weil der Ausbau der erneuerbaren Energien nur schleppend vorankomme, sei Deutschland auf fossile Energien angewiesen, um die Stromversorgung sicherzustellen. Nach Angaben des Bundeswirtschaftsministeriums hat Braunkohle in Deutschland einen Anteil an der Bruttostromerzeugung von 23 bis 27 Prozent. Steffen sieht keine Chance für einen Erhalt Lützeraths: »Wir werden uns mit dem Tagebau weiter auf das Dorf zubewegen. Es wird dort in absehbarer Zeit weitere Rückbauarbeiten geben müssen.« Die Gerichte müssten nun darüber entscheiden, so Steffen.

Die energiewirtschaftliche Notwendigkeit von Garzweiler II für die Stromversorgung in Deutschland haben Bundestag und Bundesrat mit großer Mehrheit im Sommer 2020 im Gesetz zum deutschen Kohleausstieg beschlossen. Schon im Oktober 2020 hat Andreas Pinkwart (FDP), Wirtschafts- und Energieminister von Nordrhein-Westfalen, in einem Entwurf für eine neue Leitentscheidung zur Braunkohle in seinem Bundesland festgestellt: »Die Umsiedlungen in Erkelenz müssen (...) fortgeführt werden. Wir geben mit der Leitentscheidung vor, dass für den Abbau zunächst die bereits weitgehend unbewohnten Ortschaften im Süden des Tagebaus in Anspruch genommen werden.«

Lützerath zählt zu diesen offiziell unbewohnten Ortschaften. Die am 23. März vom nordrhein-westfälischen Landeskabinett vorgestellte Leitentscheidung zum Braunkohletagebau hält daran fest, die Dörfer im südlichen Teil des Abbaugebiets abreißen zu lassen und die Bewohner umzusiedeln. Grundsätzlich sieht die Leitentscheidung eine Verkleinerung der Abbauflächen und für zwei von drei Braunkohletagebauen eine vorzeitige Schließung bis Ende 2029 vor. Mehr als 1,2 Milliarden Tonnen CO₂ sollen dadurch eingespart werden. Diese neue Leitentscheidung soll die Voraussetzungen zum Kohleausstieg und zum Erreichen der Klimaziele Deutschlands schaffen.

In einer Pressemitteilung verlautbarte Minister Pinkwart im März: »Der gleichzeitige Ausstieg Deutschlands aus Kernenergie und Kohleverstromung stellt unser Energiesystem vor massive Herausforderungen. Mit der Leitentscheidung übernehmen wir Verantwortung für den Klimaschutz und gewährleisten gleichzeitig eine sichere und bezahlbare Energieversorgung. Für eine zukunftsorientierte und moderne Transformation des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen schaffen wir verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.«

Die verbliebenen Bewohner in den Dörfern Kuckum, Keyenberg, Unterwestrich, Oberwestrich und Berverath leben jedoch weiterhin in Unsicherheit. Die Entscheidung über die Zukunft der fünf Dörfer im Norden des Braunkohletagebaus soll erst Ende 2026 fallen. Eine mögliche

Umsiedlung soll bis 2028 abgeschlossen werden. Zudem soll künftig ein Abstandsgebot von 500 Metern zwischen dem Tagebau und den umliegenden Orten gelten. Windräder dagegen müssen in Nordrhein-Westfalen 1 00 Meter Abstand zu Wohnhäusern halten.

Am Tag der Vorstellung der neuen Leitentscheidung protestierten Mitglieder von »Ende Gelände«, »Alle Dörfer Bleiben« und Greenpeace vor der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei in Düsseldorf gegen die Kohlepolitik der Landesregierung. Bereits ein paar Tage zuvor hatte ein Bündnis von knapp 50 Organisationen aus Kirche, Politik, Umweltschutz und Vereinen aus dem Kreis Heinsberg Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) eine Resolution übergeben, die sich gegen das geplante Abbaggern und den Abriss der Dörfer am Tagebaurand wendet.

Britta Kox betont: »Eine Leitentscheidung ist nie vertraglich bindend.« In Hinblick auf Lützerath befürchtet sie, dass das Bezirksgericht Arnsberg den Antrag von RWE auf vorzeitige Besizentnahme genehmigt, bevor über die Klage Heukamps gegen sein Enteignungsverfahren entschieden wird. Der derzeitige Rodungsstopp bis zum Herbst könnte übergangen werden, wenn das Gebiet in den Besitz von RWE käme, so Kox. Sie will mit ihrer Familie in ihrem Elternhaus in Berverath bleiben, notfalls bis zum bitteren Ende.

Fährt man durch Dörfer wie Keyenberg, entdeckt man viele gelbe Kreuze, mit denen Bewohner signalisieren, dass sie bleiben und Widerstand gegen die Umsiedlung leisten wollen. Salome möchte im nächsten Semester wieder mehr studieren. Dirk will ausharren und hofft, dass mehr Aktivisten nach Lützerath kommen und ihr Kampf noch größere Aufmerksamkeit erhält. Er träumt davon, dass Lützerath zu einem Symbol der Klimabewegung wird. Im Mai soll dort ein Klimacamp und im Sommer, wenn möglich, sogar ein Festival namens »Kultur ohne Kohle« stattfinden.